


# Antrag

ZU TAGESORDNUNGSPUNKT NR:

	<p>Datum: 27.02.2019</p> <p>Antragsteller: <b>SPD-Fraktion</b></p> <p>Verfasser/in: <i>Norbert Schultheis</i></p>								
<b>Antrag der SPD-Fraktion: Bau einer Bahnunterführung für den Pkw-Verkehr auf der Dieburger Straße</b>									
<p>Beratungsfolge:</p> <table><thead><tr><th><i>Datum</i></th><th><i>Gremium</i></th></tr></thead><tbody><tr><td>20.03.2019</td><td>Ausschuss für Bau, Umwelt, Stadtentwicklung und Energie</td></tr><tr><td>21.03.2019</td><td>Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss</td></tr><tr><td>02.04.2019</td><td>Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark</td></tr></tbody></table>		<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	20.03.2019	Ausschuss für Bau, Umwelt, Stadtentwicklung und Energie	21.03.2019	Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss	02.04.2019	Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark
<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>								
20.03.2019	Ausschuss für Bau, Umwelt, Stadtentwicklung und Energie								
21.03.2019	Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss								
02.04.2019	Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark								

## Sachverhalt/Begründung:

Die Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung im Rahmen des S-Bahnausbaus gegen eine Unterführung der Dieburger Straße in Ober-Roden führt mittlerweile zu erheblichen Beeinträchtigungen des fließenden Verkehrs und der Anwohner im Ortskern. In einer Antwort auf eine Anfrage errechnet der Magistrat für die S 1 im 15-Minuten Takt ohne Störungen eine Schrankenschließzeit von 28 Minuten pro Stunde.

Eine Revision der Entscheidung im Rahmen des S-Bahn-Finanzierungsvertrages erscheint notwendig, setzt aber voraus, dass zunächst durch den Magistrat die Alternativen für eine solche Unterführung ermittelt und begutachtet werden. Aufgrund der räumlichen Verhältnisse erscheinen mehrere Lösungen denkbar.

Nur mit einem konkreten Vorschlag macht es Sinn, in Verhandlungen mit den zuständigen Stellen (Bundesverkehrsministerium, Eisenbahnbundesamt u.a.) eine grundsätzliche Bereitschaft zur Finanzierung der Maßnahme zu verhandeln. Die Entscheidung wird am Ende politisch herbeigeführt werden, aber auch dazu muss die Stadt sagen, was sie will.

## Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird beauftragt, durch eine Machbarkeitsstudie für den motorisierten Individualverkehr alternative Querungsmöglichkeiten für den Bahnübergang Ober-Roden zu untersuchen.

Sowohl städtebaulich als auch verkehrstechnisch und finanziell sollen die Alternativen in einer vergleichenden Bewertung dargestellt werden.

**Abstimmungsergebnis:**

**Zustimmung:**

**Ablehnung:**

**Enthaltung:**